

Anträge zur Berufswissenschaft

ABW 09 Akademisierung

Antrag: Der BLLV setzt sich dafür ein, dass das Konzept zur Akademisierung der Lehrerbildung konsequent verfolgt wird. Die Bereiche WTG, Technik, Wirtschaft und Soziales sind in die allgemeine Lehrerbildung zu integrieren. Das Ziel ist die Gleichwertigkeit aller Lehrämter an allen Schularten im Sinne des Konzepts zur Reform der Lehrerbildung des BLLV. Impuls zur Reform der Lehrerbildung aus Sicht der Fachlehrer.

ABW 10 Verpflichtende Studienberatung vor Antritt des Lehramtsstudiums

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass das Orientierungspraktikum besser reflektiert wird, indem den angehenden Studierenden ein Reflexionsbogen an die Hand gegeben wird, den sie gemeinsam mit ihrer betreuenden Lehrkraft besprechen können.

ABW 11 Abschaffung des Numerus Clausus

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass der NC für die Studiengänge aller Lehrämter im Sinne der Art. 12 GG des Rechts auf freie Berufswahl abgeschafft wird. Eine verpflichtende Studienberatung für alle Lehramtsstudiengänge sollte vor Beginn des Studiums stattfinden, um den Studierenden eine realistische Einschätzung der beruflichen Perspektiven zu ermöglichen.

ABW 13 Gleicher Workload für Basisqualifikationen

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass der Workload der Basisqualifikation für Studierende der Lehrämter Grund- und Mittelschule an allen bayerischen Universitäten gleich ist. Dazu soll ein bestimmter Arbeitsaufwand für Basisqualifikationen in der LPO I festgelegt werden.

ABW 14 Erhöhung der Credit-points

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass die Hauptfach-/Didaktik-Kombination-Regelung für GS/MS-Lehramtsstudierende zu einer Anerkennung von mehr Credit-Points führt als bisher (analog dem RS-Lehramt).

ABW 18 Inklusion in der Lehrerbildung

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass grundsätzlich alle Lehrerinnen und Lehrer in den Grundlagen des sonderpädagogischen Förderbedarfs ausgebildet werden. In allen drei Phasen der Lehrerbildung ist eine intensive Auseinandersetzung und Schulung zu dieser Thematik für Lehrkräfte aller Schularten unerlässlich.

ABW 19 BNE in der Lehrerbildung

Antrag: Der BLLV möge sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass das Handlungsfeld „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ in allen Phasen der Ausbildung von Lehrkräften und Fachlehrkräften sowie Förderlehrkräften zentrale Bedeutung erhält.

ABW 21 DaZ-Modul in allen Lehramtsstudiengängen

Antrag: Der BLLV möge sich für die Integration eines DaZ-Moduls in allen Lehramts-Studiengängen sowie den Ausbau der DaZ-Weiterbildung in der dritten Phase der Lehrerbildung einsetzen.

ABW 22 Integration eines DAZ-Moduls in allen Lehramts-Studiengängen

Antrag: Integration eines DAZ-Moduls in allen Lehramts-Studiengängen sowie Ausbau der DAZ-Weiterbildung in der 3. Phase der Lehrerbildung.

ABW 23 Urlaubssemester

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass jedem Studierenden ohne Begründung ein Urlaubssemester zusteht.

ABW 24 Betriebspraktikum

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass das Betriebspraktikum umstrukturiert wird. Das neue Betriebspraktikum soll vier Wochen Betriebsarbeit und vier Wochen ‚Bildungswegepraktika‘ umfassen. Die vier Wochen Betriebsarbeit sollen auch vergütet werden dürfen. Für die ‚Bildungswegepraktika‘ gliedert sich das Praktikum nach Schularten. Studierende sollen in den vier Wochen andere Schularten/ Einrichtungen/Betriebe kennenlernen, in denen ihre Schülerinnen und Schüler vor der eigenen Schulart ausgebildet wurden, oder an denen sie nach ihrer eigenen Schulart ausgebildet werden können.

ABW 25 Alternative Prüfungsformen

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass mehr alternative Prüfungsformen, sowohl während des Studiums, als auch im Staatsexamen, angeboten werden. Dies bedeutet konkret, dass Prüfungen auch in mündlicher Art, als Projektprüfung oder Portfolio abgehalten werden können. Damit sollen alle Lerntypen berücksichtigt werden. Außerdem ermöglicht es jedem Studierenden, die erlernten Kompetenzen auf seine individuelle Weise darzustellen.

ABW 26 Mehrere Teilprüfungen als eine Prüfungsleistung

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass in einer Veranstaltung mehrere Prüfungsleistungen in die Endnote einfließen dürfen. Diese Prüfungen sollen so gestaltet sein, dass der Arbeitsaufwand, der sich aus den ECTS-Punkten der Veranstaltung ergibt, auf mehrere kleinere Teilprüfungen verteilt werden kann. Es geht also nicht darum, eine höhere Belastung durch mehrere Prüfungsleistungen zu erzeugen, sondern den bisherigen Prüfungsaufwand zu verteilen. Dies soll ein individuelles, verteiltes und nachhaltiges Lernen ermöglichen und "Bulimielernen" entgegenwirken.

ABW 27 Bedingungen im Ersten Staatsexamen optimieren

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass die Bedingungen im Staatsexamen grundsätzlich optimiert werden. Folgende Forderungen müssen zeitnah umgesetzt werden:

- ein transparenter Fragen- oder Themenkatalog mit konkreten Prüfungsinhalten, die mehr als nur Stichworte sind, wie sie aktuell in der Prüfungsordnung stehen.
- eine wertschätzende und nachvollziehbare Korrektur.
- ein festes Datum, an dem alle Noten verschickt werden, um allen die gleichen Chancen zu ermöglichen, sich rechtzeitig auf den nächsten Prüfungstermin vorzubereiten.
- einen einheitlichen Bewertungshorizont für alle schriftlichen Examen, welcher den Einzelprüfungen in der Einsichtnahme beiliegt.
- ein zeitnaher Nachholtermin in Krankheitsfällen, sodass Studierende nicht bis zu eineinhalb Jahre warten müssen, wenn sie aufgrund von Krankheit nicht an einer oder mehreren Prüfung teilnehmen können.
- mehr als ein Zweitversuch bei Nichtbestehen des Staatsexamens.
- bei Einlegung eines Einspruchs soll die Nachkorrektur von einem dritten unabhängigen Korrektor durchgeführt werden.
- eine unabhängige Zweitkorrektur, bei der der Korrektor keinen Zugriff auf Anmerkungen und Notengebungen des Erstkorrektors hat.

ABW 28 Prüfungsgewichtung im Staatsexamen optimieren

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass eine Überarbeitung der Prüfungsgewichtung im Staatsexamen erfolgt. Die Staatsexamens-ergebnisse sollen nicht mehr "allesentscheidend" für das Bestehen des Lehramtsstudiums sein, sondern auch durch die Leistungen aus dem Studium ausgeglichen werden können. Die derzeitige Rechnung von 60 % der Staatsexamensnoten und 40 % der Noten aus dem Studium muss angepasst werden.

ABW 29 Staatsexamensvorbereitung in Regelstudienzeit

Antrag: Der BLLV möge sich für eine Erhöhung der Regelstudienzeit durch Anerkennung des Staatsexamens im Rahmen von Leistungspunkten einsetzen.

ABW 30 Examensvorbereitungskurse für jedes Prüfungsfach

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass an jeder bayerischen Universität für jedes Prüfungsfach ein Examensvorbereitungskurs im Rahmen der zu erbringenden Leistungspunkte nach LPO I angeboten wird. Dieser kann als Seminar an der Universität angeboten werden oder als Online-Kurs im Selbststudium. Diese bayernweit vergleichbaren Vorbereitungsbedingungen für das Staatsexamen sollen eine faire Prüfungsvorbereitung ermöglichen und jedem Studierenden die Chance geben, sich entsprechend seiner individuellen Fächerkombination und seinen Fähigkeiten bestmöglich vorzubereiten.

ABW 31 Veröffentlichung von Statistiken zum Ersten Staatsexamen

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass es regelmäßige Veröffentlichungen von Statistiken gibt, wie viele Studierende ihr Staatsexamen bestanden haben, welche Notendurchschnitte erreicht wurden und wie hoch die Durchfallquoten in den einzelnen Fächern und Schularten waren.

ABW 32 Erhalt der Professur für Entwicklungspsychologie an der Universität Passau

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass die Professur der Entwicklungspsychologie an der Universität Passau mit dem momentanen Lehrdeputat im Umfang von einer Vorlesung und sieben Seminaren bestehen bleibt.

ABW 33 Lehrerbildung

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass im Zusammenhang mit dem Aufbau des Studiengangs Sonderpädagogik an der Universität Regensburg ein Modellversuch eingerichtet wird, in dem die Studiengänge für die Lehrämter an Grundschulen und an Mittelschulen um die Bereiche Förderdiagnostik und interdisziplinäre Zusammenarbeit im Team erweitert werden. Dafür wird eine zusätzliche Studienzeit von zwei Semestern festgesetzt, die die Mindeststudienzeit von sechs auf acht Semester erhöht.

ABW 34 Etablierung eines Ergänzungsstudiums an der LMU München im Lehramt Grund- und Mittelschule

Antrag: Etablierung eines Ergänzungsstudiums an der LMU München im Lehramt Grund- und Mittelschule (im Umfang von 60 ECTS/zwei Semestern); Förderung bildungsbenachteiligter Kinder in Sprache, Schrift und mathematischen Basiskompetenzen sowie starker Ausbau der Weiterbildungsangebote in Sprache, Schrift und mathematischen Basiskompetenzen in München für die dritte Phase der

Lehrerbildung mit Fokus auf die diagnosebasierte Förderung der bildungsbenachteiligten Kinder und Jugendlichen.

ABW 35 Ergänzungsstudium zur Förderung bildungsbenachteiligter Kinder

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass ein Ergänzungsstudium im Lehramt Grund- und Mittelschule zur Förderung bildungsbenachteiligter Kinder in Sprache, Schrift und mathematischen Basiskompetenzen im Umfang von 60 ECTS bzw. zwei Semestern eingeführt wird. Zudem sollen Weiterbildungsangebote in Sprache, Schrift und mathematischen Basiskompetenzen für die dritte Phase der Lehrerbildung mit Fokus auf die diagnosebasierte Förderung der bildungsbenachteiligten Kinder und Jugendlichen stark ausgebaut werden.

ABW 37 Verpflichtender Auslandsaufenthalt im Fremdsprachenstudium

Antrag: „Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass alle Lehramtsstudierenden einer Fremdsprache einen verpflichtenden Auslandsaufenthalt absolvieren müssen. Dieser soll in dem Land stattfinden, in dem die Sprache, die studiert wird, gesprochen wird und zur Vertiefung und Verbesserung der Sprach- und Kulturkenntnisse führen. Auch soll es Studierenden ohne ausreichend finanziellen Mitteln ermöglicht werden eine Sprache als Unterrichtsfach zu studieren. Eine Ausnahmeregelung ist in begründeten Einzelfällen ohne Nachteil möglich. (z.B. Pflegefälle in der Familie, Kindererziehung...)“

ABW 38 Ausbildungskapazitäten der Universitäten

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass an Universitäten bedarfsgerecht und nicht kapazitätengerecht ausgebildet wird.

ABW 39 Bedarfsgerechte Fachlehrerausbildung

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass bis zur Reform der Lehrerbildung an allen Staatsinstituten zur Ausbildung von Fachlehrern alle Kernfächer der Fachlehrer angeboten werden.

ABW 40 Fehlende Fachlehrkräfte

Antrag: Der BLLV möge sich für die angespannte Situation der Fachlehrer/innen einsetzen. Es ist dringend erforderlich die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen. Die Besoldung sollte über alle Schularten gleich erfolgen.

ABW 41 Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für Förderlehrer/innen

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen,

- dass die Kapazitäten für die Ausbildung zur Förderlehrkraft umgehend erhöht werden,
- dass zusätzlich Maßnahmen zur Verbesserung der Bewerberlage für eine Ausbildung an den Staatsinstituten veranlasst werden.

ABW 42 Festhalten an der zweijährigen Ausbildungszeit in den Seminaren

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass die praxisnahe zweijährige Ausbildungszeit mit den bisherigen Grundstrukturen erhalten bleibt.

ABW 43 Seminargrößen

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass die Gesamtgröße der Seminare 15 nicht überschreitet.

ABW 44 Praktikumslehrkräfte Gymnasium / Realschule

Antrag: Der BLLV setzt sich dafür ein, dass auch den Real- und Gymnasiallehramtsstudierenden in jedem Praktikum ausgebildete Praktikumslehrkräfte zur Verfügung stehen.

ABW 45 Eigenverantwortlicher Unterricht 3. Ausbildungsabschnitt Gymnasium

Antrag: Der BLLV setzt sich dafür ein, dass Referendarinnen und Referendare im 3.Ausbildungsabschnitt am Gymnasium keinen eigenverantwortlichen Unterricht erteilen.

ABW 47 Zeitpunkt der Basisveranstaltung für die begleitende Qualifizierung

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass bereits am Ende des laufenden Schuljahres durch die zuständige Regierung eine verpflichtende Basisveranstaltung für alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen der begleitenden Qualifizierung, die im darauffolgenden Schuljahr die Maßnahme antreten, geschaffen wird.

ABW 48 Ablauf der begleitenden Qualifizierung

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der zweijährigen begleitenden Qualifizierung zum Erwerb der Lehramtsbefähigung für das Lehramt an Grund- bzw. Mittelschulen pro Halbjahr mindestens fünf Seminartage zur Aus- und Weiterbildung erhalten, unabhängig davon, welche Form der Qualifizierung sie durchlaufen.

ABW 49 Leistungsübersicht am Ende des 1. Ausbildungsjahres

Antrag: „Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass Lehramtsanwärter/Lehramtsanwärterinnen, Referendare/Referendarinnen, Fachlehreranwärter/innen und Förderlehrer/innen am Ende des 1. Ausbildungsjahres ein Gespräch mit schriftl. Protokoll über den eigenen Leistungsstand mit ihren Seminarrektoren/Seminarleitern führen. Das Protokoll wird ihnen zeitnah ausgehändigt.

ABW 53 Erste-Hilfe Kurse

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass im Rahmen der Ausbildung im Seminar ein verpflichtender Erste-Hilfe-Kurs abgeleistet werden muss.

ABW 54 Ausbildung der Betreuungslehrkräfte

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass die Möglichkeiten auf Fort- und Weiterbildung für Betreuungslehrer aller Schularten deutlich verbessert werden. Hierfür müssen sowohl zeitliche, als auch personelle und finanzielle Möglichkeiten geschaffen werden.

ABW 55 Fortbildungssequenzen für Fachlehrer im Förderschulbereich

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass eine 14tägige Weiterbildungsmaßnahme mit sonderpädagogischen Inhalten für Fach-lehrer an Förderschulen und Schulen für Kranke erhalten bleibt und besoldungsrechtlich Berücksichtigung findet.

ABW 56 Durchführung und Benotung von DAZ-Kursen

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass Kurse in Deutsch als Zweitsprache nur von dafür ausgebildeten Lehrkräften durchgeführt werden, die zudem im Rahmen ihres pädagogischen Ermessens individuell über den Beginn der Benotung entscheiden dürfen.

ABW 57 Zusatzqualifikation für Fachlehrer(innen)

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass nicht nur den Fachlehreranwärtern, sondern auch verbeamteten Fachlehrkräften, die nach der Ausbildung im Dienst sind, die Zusatzqualifikation im Fach Sport ermöglicht wird.

ABW 58 Vertretung für Fachlehrkräfte an der ALP

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung ein Fortbildungsreferat für Fachlehrer (fachunabhängig) neu eingerichtet wird.

ABW 59 Lehrbefähigung Informatik

Antrag: Wir fordern, dass den Fachlehrerinnen und Fachlehrern der Zugang zur Lehrbefähigung zum Fach Informatik an Mittelschulen ermöglicht wird.

ABW 60 Modulare Qualifizierung

Antrag: Wir fordern die Schaffung einer Nachqualifizierungsmaßnahme für Fachoberlehrer zur Erreichung der Qualifikationsebene 4 für das Lehramt an Mittelschulen oder Realschulen. An Berufsschulen wird die modulare Qualifizierung bereits angeboten. Wir fordern ein vergleichbares Angebot an Mittel- und Realschulen für Fachoberlehrer. Konzept zur modularen Qualifizierung für Fachlehrer.

ABW 61 Zweitqualifizierung

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass die Lehrkräfte, die an einer Zweitqualifizierungsmaßnahme teilnehmen, wöchentlich einen Seminartag erhalten.

ABW 62 Schulversuch Bilinguale Grundschulen

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass schon während der Laufzeit des Schulversuchs Bilinguale Grundschulen interessierte Lehrkräfte und Schulleitungen dafür ausgebildet werden.

ABW 63 Schulversuch „Lernen in zwei Sprachen“

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass der Schulversuch „Lernen in zwei Sprachen“ in der Grundschule ausgeweitet wird.

ABW 64 Bilingualer Unterricht in der Mittelschule

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass in der Mittelschule (vorerst) in M-Klassen und ausgewählten Fächern Versuche zum bilingualen Unterricht eingerichtet werden, sofern die personelle Situation dies zulässt.

ABW 65 Modulsystem am Gymnasium

Antrag: Der BLLV setzt sich dafür ein, dass eine Individualisierung der Lernzeit am Gymnasium durch ein Modulsystem ermöglicht wird. Dies schließt auch die Möglichkeit ein, das Sitzenbleiben durch ein modularisiertes Wiederholen zu ersetzen.

ABW 66 Große Leistungsnachweise in verpflichtend schriftlichen Abiturprüfungsfächern

Antrag: Der BLLV setzt sich dafür ein, dass in Fächern, in denen verpflichtend eine schriftliche Abiturprüfung abgelegt werden muss, im 2. Halbjahr des letzten Schuljahres am Gymnasium kein großer Leistungsnachweis erbracht werden muss.

ABW 67 Abiturprüfung

Antrag: Der BLLV setzt sich dafür ein, dass vorbehaltlich der von der KMK festgelegten Rahmenbedingungen die Abiturprüfung in Zukunft vier Fächer umfasst, darunter zwei aus den Fächern Deutsch, Fremdsprache oder Mathematik.

ABW 68 Dyskalkulie

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass Schülerinnen und Schüler mit diagnostizierter Dyskalkulie, ebenso wie Schülerinnen und Schüler mit diagnostizierter Lese-Rechtschreibstörung, einen Nachteilsausgleich und einen Notenschutz erhalten. Der Nachteilsausgleich und Notenschutz soll auf die Zeit beschränkt sein, in der sich Schülerinnen und Schüler mit Dyskalkulie in einer entsprechenden Dyskalkulie-Förderung befinden.

ABW 71 Zeugnisse GS

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass der Umfang der Zeugnisse in den Grundschulen deutlich reduziert wird.

ABW 72 Umfang der Grundschulzeugnisse

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass Aufbau und Form der aktuellen Grundschulzeugnisse verringert bzw. verändert werden. Die Formulare sollten sich hier, wie bei den neuen Zeugnissen an der Mittelschule, an den Umfang des Inhalts anpassen und so jeder Lehrkraft individuellen Gestaltungsraum ermöglichen.

ABW 73 Grundschulzeugnisse

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass die derzeit gültigen Grundschul-Zeugnisformulare auf eine Seite reduziert werden mit Verbalbeurteilung in den Bereichen „Sozialverhalten“ sowie „Lern- und Arbeitsverhalten“ und einem freien Feld, in dem die Lehrkraft den derzeitigen Kompetenzgrad der/s Schülerin/s beschreibt und Fördermöglichkeiten aufzeigt, die Teilnahme am Englischunterricht, an Förderkursen oder Arbeits-gemeinschaften notiert und eventuell Hinweise auf Notenschutz o.ä. gibt. In allen benoteten Fächern werden nur Ziffernnoten erteilt.

ABW 74 Angleichung der Mittelschulzeugnisse

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass die Mittelschul-Zeugnisformulare an die Formulare der anderen weiterführenden Schularten angeglichen werden.

ABW 76 Übertrittsverfahren

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass das jetzige Übertrittsverfahren in der 4. Jahrgangsstufe abgeschafft wird.

ABW 77 Übertrittsverfahren

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass das Übertrittsverfahren in der 4. Jahrgangsstufe in der jetzigen Form abgeschafft wird. Grundlage für den Übertritt soll eine Empfehlung der abgebenden Schule sein. Die Übertrittsentscheidung liegt dann nach eingehender Beratung in der Verantwortung der Eltern.

ABW 78 Übertritt an weiterführende Schulen

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass für die Übertrittsentscheidung am Ende der vierten Klasse nicht der Notenschnitt, sondern der Elternwille entscheidend ist.

ABW 79 Übertrittszeugnisse

Antrag: „Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass die derzeit gültigen Übertrittsformulare auf eine Seite mit Ziffernnoten in den übertrittsrelevanten Fächern reduziert werden.“

ABW 80 Anzahl von Leistungsnachweisen in der 4. Jahrgangsstufe

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass die aktuell geforderte Anzahl an schriftlichen Leistungsnachweisen in der vierten Jahrgangsstufe in den Fächern Deutsch, HSU und Mathematik bis zur Herausgabe des Übertrittszeugnisses drastisch reduziert wird.

ABW 82 Fach Wirtschaft und Kommunikation

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass das Fach „Wirtschaft und Kommunikation“ in der 7. Jgst. zweistündig im Stundenplan verankert wird.

ABW 83 Fachübergreifende Projekte am Gymnasium

Antrag: Der BLLV setzt sich dafür ein, dass im LehrplanPlus des Gymnasiums in jeder Jahrgangsstufe mindestens ein fachübergreifendes Projekt obligatorisch verankert wird.

ABW 84 Tastschreiben im Lehrplan MS

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass gemäß des neuen LehrplanPlus in der Mittelschule in der 5./6. Jahrgangsstufe das Fach Tastschreiben einstündig in der Stundentafel verankert wird.

ABW 85 Fach Informatik

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass die Inhalte eines zukünftigen Faches „Informatik“, wie es momentan einstündig zusätzlich an allen Schularten eingeführt werden soll, stark an die jeweilige Schulart angepasst werden. Insbesondere muss die Medienkompetenz an allen Schularten starke Berücksichtigung finden.

ABW 86 Gleichwertigkeit der Fächer

Antrag: Der BLLV setzt sich für die Gleichwertigkeit aller Fächer ein. Im Einzelnen bedeutet dies: Gleichwertigkeit aller Fächer, insbesondere der berufsorientierenden Zweige bei der Gestaltung der Stundenpläne im Organisationsrahmen des Mittelschulstundenplans. Einbeziehung in die Rhythmisierung der Unterrichtsbelastung der Schüler.

ABW 91 Digitale Ausstattung der Seminarleitungen

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass Seminarleitungen (GS, MS, FS, FL, FöL) mit digitalen Endgeräten (Laptop, Tablet, Dienst-Smartphone), mobiler Präsentationstechnik und passenden Softwarepaketen ausgestattet werden. Moderne Kommunikationsplattformen, z.B. Microsoft Teams sollen für alle Seminare zur Verfügung gestellt werden. Dabei soll ein professioneller Support und eine passende Infrastruktur in Seminarräumen gewährleistet werden.

ABW 92 Arbeitsplatz

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass jedem Lehrer/jeder Lehrerin in Bayern eine Standard Hard- und Softwareausrüstung zur Verfügung steht, welche alle Anforderungen an ein zeitgemäßes Arbeiten erfüllt. Die Rahmenverträge sollen dabei über das Ministerium geschlossen werden, die Finanzierung soll über eine Umlage erfolgen (Ziel: alle Lehrer arbeiten mit zueinander kompatibler Software).

ABW 93 Digitale Ausstattung der Lehramtsanwärter in Seminaren

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass alle Lehramtsanwärter in Seminaren mit digitalen Endgeräten und passenden Softwarepaketen ausgestattet werden. Moderne Kommunikationsplattformen, z.B. Microsoft Teams sollen die digitale Zusammenarbeit unterstützen. Dabei soll ein professioneller Support gewährleistet werden.

ABW 94 Zeit für Bildung

Antrag: Zeit ist da. Und kostbar. Denn sie ist der Luxus in einer schnellen Gesellschaft, in der Zeit das Maß ist und die dennoch maßlos zu sein scheint.

Wir Pädagogen wollen mehr Zeit für Menschen, für das Lernen, für Fragen und das Finden von Antworten verwenden. Für all das, was Leben, was Entwicklung ausmacht. Damit das Ich dem Du begegnen kann und mehr Wir möglich wird.

Deshalb setzen wir uns dafür ein,

- dass die Zeit in der Lehrerbildung mehr dafür vorbereitet, was im Beruf später Bedeutung hat: Kreativ sein, Resilienz gewinnen, das Ausloten von Struktur und Offenheit, die Balance finden zwischen Nähe und Distanz, auch zum eigenen Beruf, zum Umgang mit der Zeit, Konfliktfähig sein, Kommunikationskompetenz, Zivilcourage entwickeln, Demokratieerziehung und digitale Bildung,
- dass Zeit für das Vorleben von miteinander stärker vorhanden ist: für multiprofessionelle Teams, für die Kooperation in Zeiten von Inklusion und Migration, für Teamteaching und Beratung sowie für individuelle Förderung,
- dass nicht nur die Fülle des Stoffes, das Steigern der Kompetenzen, die Neugier auf unentdeckte Welterschließungsmöglichkeiten Zeit und Raum in der Schule haben, sondern auch die nicht verplante Zeit, die Muße, die Leere, weil aus ihr im Idealfall die Kreativität entstehen kann,
- dass für alle in einer sich wandelnden Gesellschaft entstehenden neuen Aufgaben (u. a. Inklusion, Migration, Digitalisierung) entweder neue Ressourcen an Zeit, Personal und Geld zur Verfügung stehen oder andere bisherige Aufgaben nachrangig werden bzw. entfallen können,
- dass die Arbeitszeit der Beschäftigten Wertschätzung erfährt, zum Beispiel dadurch, dass an den Schulen zuverlässig und stabil laufende, bedienerfreundliche und zuverlässige Programme für die Schulleitungen und die Schulverwaltung zur Verfügung stehen, so dass Daten und Abfragen nur einmal an Schulen über ASV eingegeben werden müssen.

Wir Pädagogen sind Profis. Und wollen gerne professionell arbeiten. Wir sind unserem Beruf verpflichtet. Deshalb fordern wir ZEIT. Für das Wesentliche: den Mitmenschen. Schüler/innen. Kollegen/innen. Erziehungsberechtigte. Gesellschaft. Damit unser Beruf Wissen schafft. Und dieses Wissen Menschsein ermöglicht.

ABW 95 Qualifizierte Schulbegleiter

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass Schulbegleiter eine pädagogische Qualifizierung nachweisen müssen, die den spezifischen Bedürfnissen des jeweiligen Schülers entspricht.

ABW 96 Umweltbildung/Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Antrag: Der BLLV möge sich umgehend und mit Nachdruck dafür einsetzen, dass das Handlungsfeld „Umweltbildung/Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) in allen Phasen der Lehrer- und Fachlehrerbildung sowie in den Schulentwicklungsprozessen - über alle Schularten hinweg - ein zentrales Thema in Gegenwart und Zukunft sein muss.

ABW 97 Einsatz von Lehrkräften im Fach Englisch an der Mittelschule

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass Lehrkräfte an Mittelschulen, die nicht über eine Ausbildung im Fach Englisch verfügen, auch nicht in diesem Fach eingesetzt werden dürfen. Für interessierte Lehrkräfte müssen zudem mehr Möglichkeiten zur didaktischen Schulung im Fach Englisch geschaffen werden.

ABW 98 Stundenzahl im Fach Englisch der Mittelschule

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass das Fach Englisch in den Stundentafeln der Mittelschule endlich mit mehr Wochenstunden vertreten ist.

ABW 99 Islamischer Unterricht

Antrag: Der BLLV fordert die politisch Verantwortlichen auf, den bayerischen Modellversuch "Islamischer Unterricht" in ein Regelangebot für muslimische Schülerinnen und Schüler zu überführen. An möglichst vielen Schulen in Bayern muss Islamischer Unterricht bedarfsgerecht (!) angeboten werden. Die entsprechenden Ressourcen (insbesondere Lehrerstunden) sind bereit zu stellen und dementsprechend auch die Lehramtsausbildungsmöglichkeiten auszuweiten.

Für die Erteilung von Islamischem Unterricht müssen Mindeststandards hinsichtlich der Qualifikation der Lehrenden festgelegt und überprüft werden. Lehrerinnen und Lehrer, die den Islamischen Unterricht erteilen, sind bei entsprechenden Qualifikationen mit unbefristeten Verträgen zu beschäftigen und müssen angemessene Arbeitsbedingungen erhalten. Der Einsatz von Lehrkräften an mehr als drei Schulen ist weitestgehend zu vermeiden.

Ein Masterplan zum Ausbau des Regelangebotes ist vom Kultusministerium vorzulegen.

Im Einzelnen fordern wir vom Bayerischen Landtag, dem Kultusministerium und der Schulaufsicht:

- den bedarfsgerechten Ausbau Islamischen Unterrichts an Grund-, Mittel- und Realschulen, Gymnasien sowie im Beruflichen Schulwesen;
- eine schrittweise Steigerung der Quote von derzeit lediglich 15 % der muslimischen Schülerinnen und Schüler, die am muslimischen Unterricht teilnehmen;

- unverzüglich eine gründlichere fachwissenschaftlich-theologische Begleitung der Lehrerinnen und Lehrer und die Bereitstellung entsprechender personeller Kapazitäten;
- eine fachwissenschaftlich fundierte und religionspädagogisch begründete Evaluation als Grundlage für die Fortschreibung curricularer Vorgaben;
- die Beibehaltung bewährter Standards des Modellversuchs bei der Überführung in ein Regelangebot;
- die Sicherung der Unterrichtsqualität durch Festlegung und Überprüfung von Mindeststandards (vergleichbar mit denen nebenamtlicher Kräfte der christlichen Kirchen) hinsichtlich der Kompetenzen der muslimischen Lehrkräfte, um eine Vergleichbarkeit des Fachs und eine Stellung "auf Augenhöhe" zu erlangen;
- an allen Schularten die Schaffung einer fachwissenschaftlich und fachdidaktisch qualifizierten Fachbetreuung mit islamischem Hintergrund und entsprechender Expertise für die Lehrer/innen des Islamischen Unterrichts;
- den Einsatz an maximal drei Schulen für die muslimischen Lehrer/innen und die Gewährung von Entlastungsstunden für Wegezeiten von mehr als einer Stunde pro Tag;
- die Entfristung aller befristeten Arbeitsverträge bei adäquater Qualifikation und die Verbeamtung jener Lehrer/innen, bei denen die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen;
- die Verbesserung der Ausbildung und die Ausweitung der Ausbildungskapazitäten in allen drei Phasen (Praktika, Seminare sowie Angebote der Fort- und Weiterbildung);
- die Schaffung eines Expertenbeirats, der sich aus Musliminnen und Muslimen zusammensetzt, als Ansprechpartner für Fragen des Islamischen Unterrichts in Bayern. Dem Expertenbeirat sollen neben fachwissenschaftlichen Expert/innen und Lehrer/innen für Islamischen Unterricht auch repräsentative Vertreter/innen des Islam in Bayern angehören.

ABW 100 Islamunterricht an Schulen

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass der Schulversuch Islamunterricht nicht abgeschafft, sondern als Regelangebot an allen Schulen in Bayern eingeführt wird.

ABW 102 Förderlehrer für DaZ

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass die Förderlehrer/innen für Deutsch als Zweitsprache zugelassen werden.

ABW 103 Verbesserung der Arbeitssituation für Beratungslehrkräfte und Schulpsychologen

Antrag: Der BLLV möge sich für die Forderungen an die Politik einsetzen, die Rahmenbedingungen für die in der Schulberatung tätigen Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie Beratungslehrkräfte so zu gestalten, dass die vorhandene Feld- und Fachkompetenz in die Arbeit der multiprofessionellen Teams an Schulen flexibel, effizient und intelligent eingebracht werden kann.

ABW 104 Fachfremder Einsatz

Antrag: Der BLLV setzt sich dafür ein, dass in den berufsorientierenden Zweigen ausschließlich Lehrkräfte eingesetzt werden, die zur Umsetzung der fachspezifischen Lehrplaninhalte eine methodisch, didaktische Lehrbefähigung für das zu unterrichtende Fach nachweisen.

ABW 105 Ehrenamtliches Engagement in der Lehramtsausbildung

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, die Möglichkeiten der Kooperation zwischen ehrenamtlichen Engagement und der Lehrerausbildung auszubauen.

ABW 106 Reduzierung der Dokumentationspflicht

Antrag: Der BLLV möge sich dafür einsetzen, dass die zu umfängliche Dokumentationspflicht der Lehrkräfte an FÖS, insbesondere im Mobilen Sonderpädagogischen Dienst, reduziert wird.